

Niederschrift

(öffentlicher Teil)

über die **17. Sitzung des Hauptausschusses**

Sitzungstermin:	Mittwoch, 23.11.2011
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Ort, Raum:	im Ratssaal, Am Markt 1,

Anwesend waren:

Bürgermeisterin Doris Berlin

Fraktion der CDU/FDP

Herr Wolfgang Tylsch

Herr Henry Stricker

Frau Karin Keck

Vertretung für Herrn Albrecht Hatton

Herr Peter Nössler

Fraktion DIE LINKE

Herr Siegfried Nocke

Fraktion der SPD

Herr Manfred Ertelt

Fraktion der FWG

Herr Wolfgang Lewerenz

Fraktion des Bürgerblocks

Herr Ronald Siegert

Ortsbürgermeister

Ortsbürgermeister Michael Höber

Ortschaft Zieko

Verwaltung

Frau Marlis Simon

FB-Leiterin Finanzen

Es fehlten entschuldigt:

Fraktion der CDU/FDP

Herr Albrecht Hatton

Herr Lothar Pohl

Gäste: keine

Beschlussfähigkeit war gegeben: ☒

war nicht gegeben: ☐

Protokoll:**1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung**

Die Bürgermeisterin begrüßte alle anwesenden Hauptausschussmitglieder und Gäste und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend machte sie auf die fristgemäße Einladung und öffentliche Bekanntmachung aufmerksam. Danach wurde die Tagesordnung einstimmig angenommen.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
9	9	0	9	0	0

2. Hinweis auf den § 31 GO LSA "Mitwirkungsverbot" zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung

Die Bürgermeisterin verwies auf die Verfahrensweise zum Mitwirkungsverbot gem. § 31 GO LSA zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung.

3. Bestätigung der Niederschrift der 16. Sitzung des Hauptausschusses vom 19.10.2011

Ohne Änderungen wurde die Niederschrift bestätigt.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
9	9	0	6	0	3

4. Genehmigung der Niederschrift der 13. Sitzung des Stadtrates vom 2.11.2011

Ohne Änderungen wurde die Niederschrift zur Bestätigung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
9	9	0	7	0	2

5. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse der nichtöffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses gemäß § 50 (2) GO LSA

Die Bürgermeisterin gab die nichtöffentlichen Abstimmungsergebnisse aus der Sitzung vom 19.10.2011 zu den Beschlüssen 419/2011 und 418/2011 bekannt.

6. Beteiligungsbericht der Stadt Coswig (Anhalt) zum Haushaltsplan 2012 Vorlage: COS-INFO-428/2011

Die Bürgermeisterin teilte mit, dass diese Informationsvorlage bereits im gestrigen Finanzausschuss behandelt wurde. Dabei ist aufgefallen, dass auf der Seite 10 Nr. 13, die Wohnungsbau GmbH betreffend, ein Fehler enthalten ist. Im zweiten Absatz wurde der 3. Satz gestrichen und der letzte Satz geändert.

(Die korrigierte Seite wurde allen Hauptausschussmitgliedern übergeben.)

Ohne Anfragen und Wortmeldungen wurde die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
9	9	0	0	0	0

7. Haushaltskonsolidierungskonzept zum Haushalt 2012

Vorlage: COS-BV-421/2011

Frau Simon machte auf die allen Ausschussmitgliedern ausgelegte korrigierte Seite 7 aufmerksam. Hier fehlte das Ergebnis der Prüfung am Beginn der Seite.

Die Bürgermeisterin beantwortete die Anfrage von Stadtrat Nössler aus der Sitzung des Finanzausschusses vom Vortag zu den strukturellen Sollfehlbeträgen. Im langfristigen Haushalt 2011 sind für 2011 3.808 T€ Sollfehlbeträge enthalten. Dies hatte mit der enormen Erhöhung der Kreisumlage zu tun und den Zahlungen an die WIWOG von fast 400 T€. Dazu kam die Abdeckung des Sollfehlbetrages von 976 T€, sodass das Defizit im 1. Nachtragshaushalt 4.784 T€ betrug und das voraussichtlich IST gleich 3.980 T€, womit rund 800 T€ Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben in 2011 zu verzeichnen sind.

Ebenfalls in 2011 beim langfristigen Haushalt geplant für 2012 war ein struktureller Sollfehlbetrag von 2.759 T€. Jetzt sind im Haushalt 2012 = 5.427 T€ im Plan, wovon die 3 Mio. EURO Gesellschafterbeitrag an die Wohnungsbau GmbH abgerechnet werden müssen, sodass ein Defizit von 2.427 T€ bleibt. Das ist besser, als in 2010 bei der Planung für den Haushalt 2011 und 2012 eingeschätzt wurde. Und bei einem Vergleich der Zahlen ist auch für die Jahre ab 2013 zu erkennen, dass beim Abzug der vorgesehenen 380 T€ an die WIWOG, jährlich das strukturelle Defizit im Vergleich 2011/2012 nur minimal abweicht.

(Die Aufzeichnungen zu den Strukturellen Sollfehlbeträgen befinden sich als Anlage am Protokoll).

Auf Nachfrage gab es von Seiten der Hauptausschussmitglieder keine Ideen zur Haushaltskonsolidierung.

Ohne Diskussion und Wortmeldungen wurde die Beschlussvorlage zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
9	9	0	9	0	0

8. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012

Vorlage: COS-BV-422/2011

Stadtrat Ertelt wollte wissen, inwieweit die vom Landkreis gewünschte Kreisumlage schon in die Planung mit eingeflossen ist.

Frau Simon antwortete, dass mit 44,82 % Kreisumlage gerechnet wurde und mit fast genau dieser Steuermesszahl. Angezeigt wurde vom Landrat eine Kreisumlage in Höhe von 49,6 %, das sind 375 T€ mehr. Hier ist aber erst einmal abzuwarten, wie die Abstimmung im Kreistag aussieht.

Die Bürgermeisterin verwies auf den allen Ausschussmitgliedern auf den Platz gelegten Maßnahmenplan zum städtebaulichen Denkmalschutz, welcher im VmH hinter der Seite 14 einzuordnen ist.

Sie teilte mit, dass heute, entgegen aller Erwartungen, der Förderbescheid zur Maßnahme Bahnhof eingegangen ist. Der Grundstückskauf kann nun erfolgen, der Abriss noch nicht. Für die kommenden Jahre läuft die Maßnahme wie geplant.

Des Weiteren ist der Förderbescheid für den Antonienhüttenweg eingegangen. Damit ist sicher, dass ein NTHH erstellt werden muss.

Frau Simon bestätigte, dass ein NTHH zu beschließen sein wird. Bei der Erarbeitung des Haushaltsplanes können vorab nur die Zahlen genommen werden, die vom Land vorgegeben werden. Der Haushalt gestaltet sich nach den nun vorliegenden Zahlen bei den Einkommensteuern, Umsatzsteuern und Finanzzuweisungen positiv.

Sie bat den Hauptausschuss, dem vorliegenden Maßnahmenplan die Zustimmung zu geben.

Stadtrat Stricker beanstandete, dass der Maßnahmenplan nicht bereits zur letzten Bauausschusssitzung vorlag. Er fragte zur Maßnahme Kirche St. Nicolai nach, wofür 70 T€ eingestellt wurden.

Die Bürgermeisterin antwortete, dass diese Maßnahme bereits im Haushalt d. J. geplant war, für die Sanierung des Turmes. Die 70 T€ waren enthalten, aber die evangelische Gemeinde konnte den Eigenanteil nicht aufbringen. Deshalb hat man sich mit dem Gemeindegemeinderat geeinigt, diese Maßnahme um 1 Jahr zu verschieben.

Stadtrat Stricker hinterfragte die Maßnahme ehemaliges Gartenhaus, in der eine Ausstellung geplant ist, das Gebäude sich aber noch im Rohbau befindet.

Frau Simon erläuterte, dass dies der Maßnahmenplan zum Haushalt 2012 ist, in dem die Maßnahmen für das Jahr 2012 verankert sind. Die Abwicklung für den Denkmalschutz erfolgt über Fördermittel, Expi-Mittel und den Eigenanteil, welche dem Sanierungsträger überwiesen werden, der die Maßnahmen begleitet. Zu den einzelnen Maßnahmen gibt es noch Überhänge aus den zurückliegenden Jahren, welche nicht im Haushalt ersichtlich sind.

Die Bürgermeisterin ergänzte, dass die finanziellen Mittel für das Gartenhaus im Haushalt 2011 bestätigt waren und für die noch durchzuführenden Maßnahmen beim Sanierungsträger liegen. Darin sind, Fenster, Türen und alles was dazugehört, enthalten.

Auf Nachfrage der Bürgermeisterin, gaben alle Hauptausschussmitglieder dem vorliegenden Maßnahmenplan ihre Zustimmung.

Die Bürgermeisterin informierte über ein Schreiben des Landkreises Wittenberg, welches auch den Mitgliedern des Finanzausschusses am Vortag übergeben wurde. In diesem Schreiben steht eindeutig, dass es ein Recht zur Abweichung von Regelungen in GÄV aufgrund der Pflicht zur Haushaltskonsolidierung gibt. Sie erklärte, dass sie keinesfalls bereit sei, vertragsbrüchig zu werden. Sie hat die GÄV als Bürgermeisterin unterschrieben, die vorher vom Stadtrat beschlossen und von der KAB genehmigt waren. Sie empfindet es als falsch, gegen diese Verträge zu verstoßen, außer sie würde dazu vom Stadtrat gezwungen, allerdings wäre es dann rechtlich immer noch falsch. Das Schreiben des Landrates soll auf einem Erlass des Innenministeriums fußen, der jedoch der Verwaltung nicht vorliegt.

Stadtrat Nössler schlug vor, dass sich der Städte- und Gemeindebund mit dieser Angelegenheit beschäftigen sollte.

Stadtrat Ertelt meinte dazu, dass das Schreiben zur Kenntnis genommen und wie immer gehandelt werden sollte. Wenn die KAB dann den Haushalt nicht genehmigt, weil dem Erlass nicht gefolgt wurde, müssen sie eben die Ersatzvornahme durchführen. Man muss das Blättchen einfach umdrehen. Dem stimmten weitere Mitglieder des Hauptausschusses zu.

Einstimmig wurde dem Haushalt 2012 die Zustimmung erteilt und zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
9	9	0	9	0	0

9. Anfragen und Mitteilungen

Die Bürgermeisterin informierte zum Thema Stadt- bzw. Gewerbeflächenentwicklung, dass wir nach Flächen suchen müssen, die für eine gewerbliche Erschließung und Nutzung zur Verfügung stehen sollten. Ihr sind die verwahrlosten Flächen zwischen Ziekoer Bach und der Firma WS Coswiger Wellpappe aufgestoßen, welche der Firma Schwörer gehören. Bei einem Gespräch mit Herrn Schwörer unterbreitete sie ihm die Idee, dass er die Flächen zur Beplanung und Erschließung als Gewerbeflächen der Stadt zur Verfügung stellt, die vorerst in seinem Eigentum verbleiben. Die Stadt schließt mit ihm einen notariellen Vertrag zur Beplanung und Erschließung dieses Grundstückes. Der Eigentümer, Herr Schwörer, erklärte sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden und ist zur vertraglichen Verhandlung bereit. .

Entsprechend Rücksprache mit dem Wirtschaftsministerium ist die Vergabe von Fördermitteln für die Erschließung des Grundstückes auch in dieser Konstellation Zwischen 70 und 90 % möglich. Es muss jedoch alles geordnet vertraglich geregelt sein. Vertraglich festgelegt muss auch sein, dass bei der Veräußerung der Grundstücke an ansiedlungswillige Investoren (Gewerbe), dass Herr Schwörer nur den ihm zustehenden Grundstückspreis, also für das unerschlossene Wiesenland (ehemalige Industriefläche) erhält.

Herr Krmela vom Büro für Stadtplanung steht zur Verfügung, ein Exposé für die Verhandlungen mit dem Eigentümer und auch zur Fördermittelantragstellung beim Ministerium zu fertigen. Angedacht ist nicht die gesamte Fläche bis zur Marina, sondern nur der vordere Teil bis zur B 187.

Die Bürgermeisterin bat um die Zustimmung des Hauptausschusses, diese Idee soweit in die Tat umsetzen zu können, bis ohnehin Beschlussfassungen im Ausschuss bzw. Stadtrat erforderlich sind (Vertragsabschlüsse usw.).

Stadtrat Ertelt erwähnte, dass der Bauausschuss bereits darüber informiert wurde. Er hält für zwingend notwendig, dass im Zusammenhang mit dem Vertragsabschluss ein Wertgutachten über den Grund und Boden über den jetzigen Zustand erstellt wird, um im Nachgang Streitigkeiten zu vermeiden.

Die Bürgermeisterin antwortete, dass es ohne ein Gutachten gar nicht geht, es gibt vom Land keine Fördermittel, wenn nicht vorab dieses Gutachten erstellt wurde.

Stadtrat Siegert merkte an, dass er die Bedenken von Stadtrat Ertelt teilt. Er wollte noch wissen, was erwartet die Stadt bei der Sanierung, wie hoch ist der Eigenanteil, wenn Fördermittel fließen.

Die Bürgermeisterin erklärte, dass ihr beim Wirtschaftsministerium mitgeteilt wurde, dass der Fördersatz zwischen 70 und 90 % liegt. Auch wurde ihr eindeutig gesagt, dass es auf jeden Fall Fördermittel gibt. Sie machte darauf aufmerksam, dass die Nachfrage nach Gewerbeflächen in Coswig besteht, so dass man sich unbedingt etwas einfallen lassen muss.

Auch im Rahmen der Flächennutzungsplanung muss überlegt werden, wo können noch Gewerbeflächen erschlossen werden. Derzeit wird der Markt überschwemmt mit Flächen für Solaranlagen. Es ist nach ihrer Ansicht zwingend zu beachten, dass man sehr genau unterscheidet, welche Flächen als Solarstandort dienen können und welche Flächen jedoch zwingend für Gewerbegebiete genutzt werden sollten. Sie hofft, dass auch im Zusammenhang mit der Umgehungsstraße Gewerbeflächen entstehen können.

Stadtrat Stricker sprach sich für diese Fläche von der Firma Schwörer aus. Er machte auf evtl. Schwierigkeiten aufmerksam, die dort auftreten könnten durch das Biosphärenreservat und die Archäologie. Wenn die Archäologie bei der Förderung ausgeschlossen wird, sieht er finanzielle Probleme.

Die Bürgermeisterin entgegnete, dass die Punkte Baumbestand, Archäologie, Biosphäre alle von Herrn Krmela im Vorfeld, im Exposé betrachtet werden, so dass keine offenen Probleme bleiben sollten.

Stadtrat Ertelt sieht die Schwierigkeiten nicht in der Archäologie, sondern in den sich dort im Erdreich befindlichen Fundamenten, da sich dort früher ein Industriegebiet befand.

Stadtrat Tylsch sieht die Erschließung von Gewerbeflächen als einziges Mittel um mittel- und langfristig aus dem derzeitigen Haushaltsdefizit herauszukommen. Der Hauptausschuss sprach sich für die Erschließung von Gewerbeflächen auf dem Grundstück der Fa. Schwörer aus.

Stadtrat Ertelt schlug in diesem Zusammenhang auch die Flächen zwischen dem alten Wasserwerk und dem jetzigen Büroer Feld als Gewerbeflächen vor.

Die Bürgermeisterin entgegnete, dass dies schon geprüft wurde, aber aus naturschutzrechtlichen Belangen nicht möglich ist, da die Sichtachse zur Elbe (Auenlandschaft) dann nicht mehr gegeben ist. Von Seiten der Bauverwaltung soll im Stadtentwicklungsplan eingearbeitet werden, welche Flächen noch als Gewerbeflächen ausgewiesen werden könnten.

Die Bürgermeisterin teilte mit, dass die ehemalige Firma STE auf dem Haidefeld in der Ortschaft Büro an die norwegische Firma Alumeco verkauft wurde. Dabei handelt es sich um eine produzierende Firma.

Sie informierte ferner, dass auch die Entwicklung zum Bau des Autohofes soweit fortgeschritten ist, dass noch in dieser Woche endgültige Entscheidungen fallen sollen, die zu 90 % positiv sein werden.

Stadtrat Ertelt fragte zum Stand der Umgehungsstraße nach.

Die Bürgermeisterin schlug vor, den Landesbetrieb Bau zu einer Sitzung einzuladen, sie selbst erhält schon keine Antwort mehr auf ihre Fragen. Beim Landesbetrieb Bau gibt es nur 1 Mitarbeiterin, die sich mit der Bearbeitung der Bürgerbeteiligungen beschäftigt. Dabei waren auch Eingaben, die gerichtlich ausgefochten werden müssen. Der anberaumte Termin für November fand nicht statt. Unterstützung hat sie von den Herren Rabe und Mathé, die immer wieder Briefe schreiben. Aber auch sie erhalten keine anderen Antworten mehr.

Auf die Anfrage der Bürgermeisterin zur Entscheidung zu den Entwürfen von Herrn Karl Schmidt, für die Prägung eines Jubiläums-Talers zur 825-Jahrfeier, erklärten die Mitglieder des Hauptausschusses:

Stadtrat Ertelt bevorzugt den letzten eingereichten Vorschlag. Er bat zu prüfen, ob der in der Mitte geschriebene Text von der Rechtschreibung her richtig ist, da bei dem Wort Anhalt die ersten 2 Buchstaben groß geschrieben sind und der restliche teil des Wortes klein.

Stadtrat Nössler vermutet, dass die Darstellung im Taler nach der Prägung kaum zu erkennen sein wird.

Aus diesem Grund schlug Stadtrat Tylsch vor, dass alle 3 Taler noch einmal maßstabsgetreu auf Papier gebracht werden.

Nachdem es keine weiteren Anfragen und Mitteilungen gab, beendete die Bürgermeisterin den öffentlichen Teil dieser Sitzung.

Coswig (Anhalt), den 29.11.2011

Berlin
Bürgermeisterin

Noeßke
Protokollantin